

## Migration und Integration - Erfahrungen und Ansichten

Vor Ihnen steht jemand, der bei dem Thema dieser Tagung durchaus auch Betroffener ist: Ich bin Flüchtling. Meine Eltern flohen 1956, als ich sechs Jahre alt war, bei Nacht und Nebel aus Ungarn nach Österreich, später landeten wir in Frankfurt. Wir waren Einwanderer, eine Rückkehr war ausgeschlossen, mein Vater war aus politischen Gründen geflohen.

Meine Eltern, meine Schwester und ich gelten wohl als geglücktes Beispiel für Integration. Das lag kaum an vielen Hilfen und Sonderprogrammen, in den 50er Jahren waren die Deutschen vor allem mit sich selbst beschäftigt. Aber meine Eltern durften umgehend arbeiten, was sie mit großem Fleiß taten. Damals scherten sich auch ihre Arbeitgeber wenig um die besonderen Probleme der Neu-Ankömmlinge. Mein Vater, ein Dipl.-Ing musste sich zunächst als technischer Zeichner verdingen, meine Mutter, die gut Deutsch konnte und als Abteilungsleiterin in einem Ministerium in Budapest gearbeitet hatte, verkaufte auf der Straße als Propagandistin Kochtöpfe und Plastikdosen. Allerdings gelang ihnen rasch der berufliche Aufstieg. Eine Familien-Geschichte, eine Geschichte von Integration und Assimilation, so wie es sie millionenfach gab und gibt, in Europa, in den USA, anderswo.

In meinem Beruf als Journalist bin ich später immer wieder mit der Einwanderungs- und Flüchtlingsproblematik konfrontiert worden, in Deutschland, im Nahen Osten, in Afrika und den USA. Aber immer seltener konnte ich Parallelen zu meiner eigenen Familiengeschichte feststellen.

Die globale Migration nimmt weiter zu, sie hat sich aber auch massiv verändert. Einwanderung ist zu einem zentralen politischen Thema in vielen Staaten geworden, das Thema spaltet viele Gesellschaften stärker als alles andere.

Auch aufgrund meiner Erfahrungen auf immerhin vier Kontinenten möchte ich auf einige Aspekte zum Thema Migration und Integration eingehen.

Mich als Heimkehrer wundert ein wenig, dass in Deutschland bei dieser oft hochemotionalen Debatte über Flüchtlinge und Migranten die Erfahrungen und Sichtweisen anderer Staaten und Regionen kaum eine Rolle spielen. Der moralische Impetus scheint oft nüchterne Sachlichkeit und Augenmaß auszuschließen.

Vor kurzem habe ich eine sehr witzige Formulierung gelesen. Der Chefredakteur des "Philosophie Magazins", Wolfram Eilenberger, sprach im Blick auf die Generation heutiger Intellektueller, insbesondere der Journalisten, in Deutschland von „finanziellen“ und „geopolitischen Analphabeten“. Diese Mittelstandskinder der Nachkriegszeit hätten weder eine Ahnung, was existenzielle Not bedeute noch wie die Realität in der Welt wirklich aussehe.

Ich bin im Dezember nach diesmal 13 Jahren im Ausland wieder nach Deutschland zurückgekommen und kann spontan dieser Einschätzung viel abgewinnen. Ich bin sicher, in diesem Kreis von Misereor und Unternehmern gibt es besonders viel Kenntnis von den Wirklichkeiten da draußen, aber ehrlich gesagt bin ich etwas erschrocken über sehr viel Blauäugigkeit und Realitätsfremde in Medien und Politik, aber auch meiner professionellen und meiner persönlichen Umgebung.

Deutschland ist eine ungemein reiche, stabile Oase des Friedens und der Freiheit – womit vielleicht auch die Ursachen für den Drang vieler Menschen in aller Welt, hierher zu kommen, benannt sind. Es

könnte aber vielleicht auch die Unfähigkeit mancher Einheimischen erklären, die eigene Besonderheit und besondere Attraktivität und Anziehungskraft realistisch wahrzunehmen. Gleichzeitig könnte es ein Hindernis für rationale und nüchterne Überlegungen über das eigene Handeln bei diesem moralisch so stark belasteten Thema wie der Hilfe für leidende und heimatlose Menschen sein.

Leben in Deutschland heute erscheint vielen als Schlaraffenland, und verglichen mit allen Zeiten zuvor, verglichen mit der Welt um uns herum scheint mir diese Beschreibung nicht mal ganz abwegig. Aber die Bewohner dieses Wunderlands, in dem die Ärmsten mehr haben als die meisten Menschen in der Welt, werden vielleicht besonders leicht Opfer von gefährlicher Träumerei und Verdrängung der Wirklichkeit.

Der Blick über den Tellerrand Deutschlands scheint mir deshalb heute besonders wichtig. Schauen wir uns doch mal um, schauen wir aber zunächst nicht in die vielen Regionen des Elends, der Not und des Leidens, sondern zu anderen, uns durchaus verwandten und mit uns befreundeten Staaten. Wie gehen die mit Thema Migration und Integration um?

Fangen wir mit Australien, einem Einwanderungsland par excellence, an. Wer hier leben möchte, muss belegen, dass er gesund und nicht vorbestraft ist, dass er mit seiner Qualifikation und seinem Alter dem Land von Nutzen sein kann. So simpel. Dieses schlichte Nützlichkeits-Prinzip haben allerdings so gut wie alle Einwanderungsländer in der ganzen Welt schon seit langer, langer Zeit.

Geht es um Flüchtlinge, Asylbewerber und illegale Einwanderer sind die Australier rigoros. Das Land, das sich über einen riesigen Kontinent erstreckt, nimmt derzeit jährlich 13750 Flüchtlinge auf. Nicht einen mehr. Die Australier verklären ihre rigorose Abschottungspolitik nicht, sie sind stolz darauf.

In einem in 17 Sprachen in der gesamten Region und über die sozialen Netzwerke verbreiteten Video wird eindringlich davor gewarnt, illegal in Australien einzuwandern. Sie alle würden wieder weggeschickt. Zitat: „Es gibt keine Ausnahmen: Familien mit Kindern, Kinder ohne Begleitung, auch wenn sie gebildet oder begabt sein sollten, es wird keine Ausnahme geben“.

Illegale Flüchtlinge landen in Internierungslagern meist auf Südsee-Inseln, werden dann abgeschoben. Australiens Regierung sieht sich mit ihren radikalen Maßnahmen voll bestätigt: Die Politik verhindere nachweislich, dass sich wie früher Abertausende mit Booten aus Südostasien auf den Weg machen. Australiens rigide Politik rette zahllose Menschenleben. Die Abschottung sei zutiefst human. Natürlich leistet das Land, wie so gut wie alle westlichen Staaten, massiv humanitäre Hilfe vor Ort in Krisen- und Kriegsregionen.

In den USA erleben wir derzeit den hoffentlich noch aufhaltbaren Siegeszug von Donald Trump, der mit populistischen Parolen insbesondere gegen Einwanderer und Muslime Massen begeistert. Sein Erfolg im klassischen Einwanderungsland USA hat vor allem zwei Ursachen. Es belegt neben dem wachsenden Widerwillen der Menschen gegen alle Formen der Political Correctness, der Verbrämung der Wirklichkeit mit Worten, durch Verschweigen und Verdrängen sozialer und politischer Wirklichkeiten wie beispielsweise die massive Gefahr für den Westen aus der islamischen Welt. Der andere Grund für Trumps Erfolg ist, dass selbst im Schmelztiegel Amerika die Abwehr gegen Zuwanderung wächst.

Dabei sind die USA schon immer sehr strikt gewesen, wenn es um Einwanderung ging. Kommen darf auch hier nur, wer dem Land nutzt – jährlich werden viele Hunderttausend Menschen legal ins Land gelassen, viele natürlich auch im Rahmen von Familienzusammenführung. Aber nur 70 000 Flüchtlinge dürfen derzeit jährlich einreisen, jeder einzelne von denen wird zuvor streng überprüft. Die meisten landen dann bei amerikanischen Gastfamilien, die ihnen bei dem Einleben helfen sollen. Bei

320 Millionen Einwohnern ist es nicht allzu schwer, für eine gewisse Zeit Gastgeber für 70 000 Menschen zu finden.

Ansonsten aber warten in den USA keine umfassenden Integrationsprogramme oder große soziale Hilfen, es gibt vor allem Sprachkurse und Beratung. Aber gefordert wird von allen Einwanderern, dass sie möglichst rasch einer Arbeit nachgehen, sei sie auch noch so sehr unterhalb der Qualifikation des Betroffenen.

Trump nutzt das allgemeine Unbehagen der Amerikaner über elf Millionen illegale Einwanderer, die meist aus Mexiko und anderen lateinamerikanischen Staaten stammen. Ohne diese billigen Arbeitskräfte wären viele Farmen und Plantagen aufgeschmissen, Illegale arbeiten in Küchen, Gärten und Werkstätten. Obwohl Obamas Regierung 2015 etwa 400 000 illegale Einwanderer deportieren ließ, fürchten vieler Amerikaner die wachsende Ausbreitung der „Latinos“, von denen natürlich auch Millionen legal im Land sind.

Das Misstrauen gegen die Immigranten aus dem Süden liegt nicht nur daran, dass die von Latinos beherrschte organisierte Kriminalität vor allem im Westen und Süden der USA maßgeblich für Drogenhandel, Menschenschmuggel und Prostitution verantwortlich gemacht wird. Latinos gelten als weniger integrationsbereit als alle anderen der Abermillionen Immigranten aus aller Welt in der amerikanischen Geschichte.

Sie interpretieren den amerikanischen Traum anders, sichtlich gering ist bei ihnen die Faszination, möglichst rasch Teil der amerikanischen Nation zu sein. Davon zeugen spanisch-sprechende Parallelgesellschaften in Miami oder Los Angeles. Auch für viele aus der zweiten und dritten Generation bleibt Spanisch die Muttersprache. Die USA verändern sich deshalb nicht nur in der ethnischen Zusammensetzung, auch die große Klammer der englischen Sprache und der Stolz auf die Führung der freien Welt, auf die amerikanische Supermacht greift nicht mehr.

Parallelen dieser Entwicklung finden sich auch in den europäischen Ländern, die am meisten Erfahrungen mit Einwanderung aus fernen Ländern haben, die alten Kolonialmächte Frankreich und Großbritannien. Längst schon hat auch hier die Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge und Einwanderer Einzug gehalten.

Denn trotz sehr unterschiedlicher Ausgangslagen haben sich in beiden Ländern bedrohliche Parallelgesellschaften mit hoher Arbeitslosigkeit und hoher Kriminalität etabliert. Vor allem in England gab es zahllose Programme, um insbesondere junge Menschen mit Migrationshintergrund zu integrieren. Mit sehr mäßigem Erfolg.

Die in mancher Hinsicht fast exterritorialen Gebiete in London, Paris oder auch Brüssel, in den vor allem Clans, Mullahs und lokale Organisationen das Sagen haben, bilden nicht nur den Nährboden für den islamistischen Terrorismus, es gibt auch viele andere beängstigende Phänomene.

Ich darf an drei Beispiele erinnern: Im englischen Rotherham ignorierten Polizei und Behörden aus Angst vor dem Verdacht der Ausländerfeindlichkeit viele Hinweise auf massenhaften Kindesmissbrauch über insgesamt 16 Jahre lang. Etwa 400 minderjährige Mädchen wurden so schutzlose Opfer organisierter Banden mit meist pakistanischem Wurzeln.

Ein anderes Phänomen: nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen werden in England und Frankreich jeweils viele tausend Mädchen einer Genitalverstümmelung unterzogen – mal abgesehen von den unzähligen Frühehen, wo junge Mädchen von ihren Familien in Ehen gezwungen werden. Und schließlich: die Angst unter den Juden dieser Länder vor dem bedrohlich wachsenden Antisemitismus der islamischen „Mitbürger“ veranlasst immer mehr Juden, diese europäischen Länder zu verlassen.

Gehört das alles wirklich noch zum Thema Integration und Migration, wie sie sich für uns in Deutschland stellen? Natürlich kann man einfach wegsehen. Wer allerdings glaubt, Deutschland mit seinen vier Millionen Muslimen und vermutlich mehr als einer Million Flüchtlinge vorwiegend aus der islamischen Welt habe mit den Problemen Frankreichs oder England nichts zu tun, der begeht m.E. einen schrecklichen Irrtum.

Wer über den deutschen Tellerrand schauen möchte, für den wird der Blick auf Länder besonders interessant, deren Wertvorstellungen uns ganz besonders nahe sind. Ich meine die sozialdemokratischen Hochburgen in Skandinavien, die neben einem dichten sozialen Netz stets auch weltweit für Menschenrechte stritten, die sich rühmen, besonders solidarisch und „ausländerfreundlich“ zu sein, die viele Jahre ihre Grenzen für Flüchtlinge und Einwanderer öffneten, Länder, in denen die „multikulturelle Gesellschaft“ als ein Ideal galt.

Gerade diese Staaten wie Schweden, Dänemark oder Finnland sind längst dabei, einen dramatischen Bruch mit den alten Prinzipien umzusetzen. Schockiert stellen die Menschen in Skandinavien fest, dass ihre Migrationspolitik, auf die sie so stolz waren, in vielen Bereichen gescheitert ist.

Schweden, das sich trotz der nur zehn Millionen Einwohner selbst als humanitäre Großmacht sieht, hat längst die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gegenüber den Einwanderern erreicht.

1980 machten Einwanderer aus der nicht-westlichen Welt nur ein Prozent der Bevölkerung aus. Heute sind 16 Prozent der Bevölkerung Einwanderer, vor allem aus dem Mittleren Osten und aus Afrika.

Ich kann hier nicht in die Tiefe gehen, aber ich möchte einige wenige Fakten nennen. Schon heute gehen 58 Prozent der schwedischen Sozialleistungen an Migranten. Nur 52 Prozent der nicht europäischen Zuwanderer im arbeitsfähigen Alter arbeiten – gegenüber 84 Prozent der gebürtigen Schweden. In Rosengård, dem Einwanderer-Viertel Malmö

haben nur 38 Prozent der Bewohner einen Job. Zuwanderer, die schon seit 15 Jahren im Land sind, haben nur zu etwa 60 Prozent einen Arbeitsplatz. Niedrig Qualifizierte finden im hochindustrialisierten Schweden nur schwer Arbeitsplätze. „Die Masseneinwanderung schafft in den Nordischen Ländern eine Bevölkerungsschicht, die dauerhaft vom Staat abhängig ist“, schrieb die Zeitschrift „The Economist.“ Man kann das alles natürlich auch anders sehen: Viele Hunderttausend Immigranten haben Jobs, vieles spricht für eine erfolgreiche Integration zumindest eines Teils der Neubürger. Die Frage ist bloß, ob der Preis für die Erfolge möglicherweise enorm hoch ist.

Noch ein paar unangenehme Fakten aus Schweden. 50 Prozent aller Häftlinge, die wegen schwerer Straftaten wie Mord oder Vergewaltigung zu mehr als fünf Jahren Haft verurteilt wurden, sind Einwanderer entweder der ersten oder der zweiten Generation. Auch andere Aspekte sollte man sehen, sie werden auch bei uns wichtig: Dank der stark männergeprägten Einwanderung gibt es in Schweden schon heute ein krasses Missverhältnis zwischen Frauen und Männern: Bei den 16- und 17-jährigen Schweden kommen heute auf 100 Mädchen schon 123 Jungen.

Dabei sollte man eines wissen: Schweden hat enormes geleistet, um die Integration möglich zu machen. Natürlich kostenlosen Sprachunterricht, Aus- und Fortbildungsprogramme, psychologische Begleitung und Hilfestellung in Alltagsfragen, Familienzusammenführung, bezahlbare Wohnungen, von vielen finanziellen Hilfen ganz zu schweigen. Hinzu kommt eine ehrliche Willkommenskultur, sehr vielen Schweden war es ein persönliches Anliegen, den neuen Mitbürgern zu helfen. Das Ergebnis allerdings scheint mir bislang deprimierend.

Ein letzter Blick über den Tellerrand: Was machen eigentlich die reichen arabischen Ländern angesichts der Flüchtlingswellen aus Syrien und dem Irak? Die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait, Katar und Bahrain haben ein paar Hundert Flüchtlinge aufgenommen, Saudi-Arabien meines Wissens nach nicht einen einzigen. Zwar brauchen die reichen



Wüstenstaaten dringend ausländische Arbeitskräfte, Millionen von ihnen arbeiten in diesen Ländern, aber sie stammen meist aus süd- und südostasiatischen Ländern. Die sind fleißig und billig, fordern keine Rechte, schon gar keine politischen.

Zusammengefasst kann man festhalten, dass die westliche Welt, vielleicht außer Deutschland, entschlossen scheint, die Zahl der Flüchtlinge und Einwanderer rigoros zu beschränken. Das wird vor allem verständlich, wenn man ehrlich untersucht, wer unter rein moralischen Gesichtspunkten einen Anspruch auf Einreise haben dürfte.

Wen das Elend der syrischen Flüchtlinge im vergangenen Jahr erschüttert hat, der muss sich fragen lassen, wann er eigentlich damit angefangen hat, die entsetzlichen Vorgänge wahrzunehmen? Denn schon seit vielen Jahren erleiden die Syrer den Terror dieses irren Bürgerkrieges mit den unzähligen Parteien. Mehr als 250 000 Menschen fielen den Kugeln und Bomben, der Folter und den Massakern zum Opfer, weit mehr Menschen wurden schrecklich verletzt und verstümmelt. Was hat Europa seit 2011 eigentlich getan, um das Grauen zu beenden?

Die Wellen der Flüchtlinge, die seit Jahren und insbesondere 2015 nach Europa schwappten, sind die spürbaren Auswirkungen von permanent katastrophalen Zuständen in unserer Welt. Es leiden zig Millionen, ja Hunderte von Millionen Menschen, im Irak, im Jemen, in Somalia, in Libyen, in Afghanistan, in Pakistan, im Iran, in Nigeria, in Nordkorea usw. usw. Wann sind wir zuständig, wo beginnt unsere Verantwortung, wann müssen wir eingreifen, wen sollen wir unterstützen? Fragen, auf die m.E. die Politik des Westens heute weniger denn je eine schlüssige Antwort hat.

Besonders beliebt scheint in Deutschland das Argument zu sein, die Ursachen von Flucht und Migration zu bekämpfen. Was soll das eigentlich heißen? Klar: Humanitäre Hilfen vor Ort, wichtige Projekte in Elendsgebieten, um etwas gegen Armut, Hunger, Krankheit und Unbildung zu tun, das alles sind höchst ehrenwerte Konzepte. Aber wer Afrika kennt

mit seinen Problemen von enormen Geburtsraten, korrupten und unfähigen Eliten, dem wirtschaftlichem Dahinsiechen, auch dem Scheitern der offiziellen Entwicklungshilfepolitik, der kann unmöglich glauben, dass sich mit diesen ehrenwerten und wichtigen Projekten wirklich etwas an den Elendsbedingungen der Menschen und damit den Fluchtursachen ändert.

Für die Kriegs- und Krisengebiete insbesondere in der islamischen Welt mit all seiner Perspektivlosigkeit werden diplomatische Anstrengungen versprochen. Haben solche diplomatischen Initiativen in den vergangenen zwei Jahrzehnten irgendwo sichtbare Erfolge gezeitigt, irgendwo dauerhaften Frieden und wirtschaftliche Entwicklung gebracht?

Das klingt jetzt für manche vielleicht schrecklich düster und pessimistisch – aber alles, was ich hier mit meinen wenigen Bemerkungen und Hinweisen bewirken möchte, ist dass wir bei dem Thema Migration und Integration einen realistischen Blick auf die gegenwärtige Situation bewahren.

Denn wir stehen in mancher Hinsicht erst am Anfang einer Entwicklung, die uns massiv herausfordern wird. Die Migrationsbewegung ist noch lange nicht zu Ende. „Millionen Menschen wollen aus ihrer Welt des Chaos in jene der Ordnung... Die Flüchtlingskrise, die wir erleben, ist erst der Anfang einer der größten Umwälzungen seit dem Zweiten Weltkrieg“, sagte jüngst der amerikanische Autor Thomas Friedman.

Die meisten Länder scheinen eine klare Antwort auf diese Entwicklung gefunden zu haben. Ich frage mich, Deutschland auch? In diesem Land sollte man auch aufmerksam zuhören, wie das Unbehagen in vielen Hauptstädten Europas, vor allem aber der kleinen Staaten, an der deutschen Haltung wächst. Ich fürchte, mit moralischer Überlegenheit allein macht man sich selten viele Freunde.

Das Zauberwort, mit dem wir versuchen, die Problematik mit Flüchtlingen und Einwandern zu lösen, heißt Integration. Aber auch hier braucht es den nüchternen Blick auf die Erfahrungen anderer Staaten, einen selbstkritischen Blick auf die bisherigen Bemühungen und ihre Ergebnisse. Untersuchungen bei uns zeigen beispielsweise, dass insbesondere die dritte Generation der türkischen Einwanderer in vielerlei Hinsicht weniger integrationswillig oder -fähig ist als ihre Eltern.

Integration sei heute ein „säkulares Heilsversprechen“, warnt der Politologe Moritz Mücke. Aber Integration brauche die Integrationswilligkeit. Es stelle sich die Frage, ob Einwanderer den westlichen Lebensstil wirklich wollen oder ob sie nicht viel mehr die Möglichkeit nutzen, in Ländern wie Deutschland von Freiheit und Wohlstand zu profitieren, ohne dabei die eigene Lebensweise groß ändern zu müssen – und im schlimmsten Fall Kultur und Leben im Westen weiterhin verachten.

Tatsächlich ist es heute dank der modernen Kommunikationsmittel sowie der großen und wachsenden, weitgehend homogenen Ausländergemeinden in manchen Städten Europas leichter denn je, in einer Heimat zu leben, die nur oberflächlich zu unserem Land gehört. Es ist möglich, in einer westlichen Gesellschaft zu leben, ohne ihr wirklich anzugehören, von Wohlstand und Freiheit zu profitieren, ohne zu partizipieren, den Schutz der staatlichen Ordnung zu genießen, ohne einen Beitrag zu ihrer Aufrechterhaltung zu leisten, in Stadtteilen zu leben, in denen keineswegs deutsch und vor allem keineswegs die Grundwerte dieses Landes dominieren, schreibt Mücke.

Er zitiert einen Brief aus dem Jahre 1819 von dem damaligen US-Außenminister John Quincy Adams, der später Präsident wurde, und den ich Ihnen gerne vorlesen möchte. Das Schreiben richtet sich an einen Bürokraten aus Deutschland, der nach Amerika auswandern wollte, aber in einem Brief forderte, man möge ihm doch auch eine Anstellung beim Staat besorgen. Adams schrieb: „Die amerikanische Regierung hat nie

Maßnahmen ergriffen, um Emigranten aus Europa zu ermutigen oder einzuladen. Sie hat nie dazu angestiftet, Bürger anderer Staaten anzuregen, ihrem Land den Rücken zu kehren und Bewohner dieses Landes zu werden. [...] Weder die Regierung des Bundes, noch jene der einzelnen Staaten, sind unkundig bezüglich des Zusatzes an Stärke und Wohlstand, der unserer Nation dank der Aufnahme einer Masse von gesunden, fleißigen, und frugalen Arbeitern zuteil wird. Bewusst sind wir uns auch der großen Vorteile, welche diesem Land widerfahren aufgrund der Einwanderung solcher Adoptivkinder aus Deutschland. Aber es gibt ein Prinzip, das alle Institutionen dieses Landes durchsetzt, und das immer als Hindernis für die Vergabe von Privilegien an Neuankommende wirken wird.

Dies ist ein Land nicht der Privilegien, sondern gleicher Rechte. Privilegien werden von europäischen Monarchen an bestimmte Klassen von Individuen vergeben [...] aber die allgemeine Wahrnehmung hier ist, dass Privilegien, verliehen an eine Gruppe, nur schwer unterschieden werden können von der Erosion der Rechte anderer.... Emigranten aus Deutschland oder anderswo, sollten daher keine Gefälligkeiten von der Regierung erwarten.

Sie können erwarten, wenn sie Staatsbürger werden, die gleichen Rechte zu genießen wie hier Geborene. Sie kommen in ein Leben in Unabhängigkeit, aber auch ein Leben der Arbeit - und, wenn sie sich an den moralischen, politischen, und physischen Charakter dieses Land nicht anpassen können, mit all seinen sich ausgleichenden Stärken und Schwächen, dann steht ihnen immer der Atlantik offen, um in das Land ihrer Geburt und ihrer Väter zurückzukehren.

Um eine Sache sollten sie sich Gedanken machen, wenn sie in Amerika ihr Glück zu finden versuchen. Sie müssen ihre europäische Haut abstreifen, für immer. Sie müssen nach vorne in die Zukunft schauen, und nicht zurück zu ihren Vorfahren.“ Soweit der fast 200 Jahre alte Brief.

Stellen Sie sich mal vor, man würde heute Einwanderer aus Syrien oder der Türkei auffordern, ihre arabische oder ihre türkische Haut abzustreifen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit